

WAIBLINGER KREISZEITUNG

www.waiblinger-kreiszeitung.de

HEUTE MIT
ZVW KALENDER

2021

WAIBLINGER
KREISZEITUNG
NACHRICHTEN
Alteckstr. 10 · 71102 Waiblingen

DEZEMBER '20	JANUAR	FEBRUAR
1 So	1 So	1 So
2 Mo	2 So	2 So
3 Di	3 So	3 So
4 Mi	4 So	4 So
5 Do	5 So	5 So
6 Fr	6 So	6 So
7 Sa	7 So	7 So
8 So	8 So	8 So
9 Mo	9 So	9 So
10 Di	10 So	10 So
11 Mi	11 So	11 So
12 Do	12 So	12 So
13 Fr	13 So	13 So
14 Sa	14 So	14 So
15 So	15 So	15 So
16 Mo	16 So	16 So
17 Di	17 So	17 So

ZVW Zeitungsverlag Waiblingen E 7013

Samstag, 21. / Sonntag, 22. November 2020

182. Jahrgang | Nr. 272 | 2,30 Euro

Waiblingen

Wechsel in der Gastro-Szene: Umzug und Auszug

In der lokalen Gastronomie-Landschaft gibt es eine überraschende Veränderung: Die bislang in Weinstadt-Strümpfelbach beheimatete „Vorratskammer“ kommt nach Waiblingen und wird künftig direkt an der Galerie Stihl zu finden sein. Dafür muss aber ein anderes Lokal weichen: das „Disegno“. Dessen Betreiber ist darüber überhaupt nicht glücklich. Wie es zu dem Wechsel gekommen ist und was die Beteiligten – darunter der Waiblinger Oberbürgermeister Andreas Hesky – zu sagen haben.

► Seite B 1



Bislang in Weinstadt: Die „Vorratskammer“. Foto: Büttner

Rems- Murr-Kreis

Schulen von Corona gebeutelt, aber Unterricht bleibt

„Einige Schulen sind wirklich sehr gebeutelt“, schreibt Sabine Hagenmüller-Gehring, Leiterin des Schulamts in Backnang. Es geht ihr dabei um Corona-Infektionsfälle, die immer wieder ganze Klassen in die Quarantäne schicken, was zu einem „ständigen Hin und Her“ von Präsenz- und Fernunterricht führt. Wie wird der Unterricht in den kommenden Winterwochen aussehen? Aus dem baden-württembergischen Kultusministerium heißt es dazu lapidar: „Unser Ziel ist und bleibt der Präsenzunterricht.“

► Seite C 1



Noch läuft der Unterricht so. F.: Büttner

Der Herr der Haare

Zu seinen Kundinnen zählte Kanzlerin Angela Merkel. Aber auch zahlreiche Stars wie Romy Schneider oder Marlene Dietrich saßen auf seinem Stuhl. Jetzt ist Udo Walz, Deutschlands berühmtester Friseur und gebürtiger Waiblinger, gestorben.

► Seite 3



Foto: dpa/Christophe Gateau

Studie: Zwangsabgabe für Bus und Bahn in Stuttgart möglich

Verkehrsminister Hermann will den Nahverkehr im Land attraktiver machen. Er hat verschiedene Modelle durchrechnen lassen. In der Landeshauptstadt müsste jeder Autofahrer 30 Euro zahlen.

VON EBERHARD WEIN

STUTTGART. Im Gegenzug für günstigere oder kostenlose Angebote im Nahverkehr sollen Kommunen im Südwesten Geld von Bürgern eintreiben können – auch von denen, die Busse und Bahnen nicht nutzen. Das will Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) den Kreisen, Städten und Gemeinden per Gesetz erlauben.

Ein Gutachten, welches er in Auftrag gegeben hatte, kommt zu dem Ergebnis, dass es mehrere zulässige Möglichkeiten dafür gibt. Sowohl eine Citymaut, die von Autofahrern kassiert wird, wie auch eine Umlage auf alle Einwohner oder wahlweise alle Fahrzeughalter sind demnach möglich und könnten die notwendigen Mittel einbringen.

„Mehr Menschen sollen das Auto stehen lassen“, sagte Hermann bei der Vorstellung der Untersuchung. „Wir brauchen eine Verdopplung der Nutzerzahlen bis 2030.“ Er kündigte an, im Falle eines grünen Wahlsiegs bei der Landtagswahl im März ein entsprechendes Gesetz vorzulegen. Es soll den Kommunen die Möglichkeit eröffnen, solche Modelle einzuführen. Bisher war er mit diesem Ansinnen am Koalitionspartner in der Landesregierung, der CDU, gescheitert.

„Wir brauchen eine Verdopplung der Nutzerzahlen im Nahverkehr bis 2030.“

Winfried Hermann
(Grüne),
Verkehrsminister
im Land

Foto: Lichtgut/
Christoph Schmidt



„Zwangsabgaben sind keine zukunftsfähige Lösung“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der CDU, Nicole Razavi, und erneuerte ihre Ablehnung. Jeder Steuerzahler finanziere bereits jetzt den Nahverkehr mit, selbst wenn er ihn nicht nutze. „Der notwendige Ausbau ist über direkte Zuschüsse und Förderprogramme zu stemmen und nicht über verdeckte Steuererhöhungen.“

Wesentlich aufgeschlossener reagierten Vertreter von Städten und Gemeinden. „Wir sind sehr interessiert“, sagte Wolfgang Forderer von der Landeshauptstadt Stuttgart. Die Finanzierung der Verkehrswende müsse deutlich breiter verankert werden, führte der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) aus.

Für die Landeshauptstadt Stuttgart, für Tübingen, Bad Säckingen sowie für die Metropolregion Mannheim/Heidelberg waren bei der Studie Modelle durchdacht worden. Stuttgart sollte darin 100 Millionen Euro für den Ausbau des Nahverkehrs bekommen. Dafür müsste jeder Bürger eine monatliche Abgabe von 20 Euro zahlen. Zahlten nur die Fahrzeughalter, steigt der Beitrag auf 30 Euro. Der Betrag würde als Guthaben für Fahrten zur Verfügung stehen. Dieses würde verfallen, wenn es nicht genutzt wird.

CDU will Beamte in Rente einzahlen lassen

SPD und Linke unterstützen Vorschlag von Sozialausschuss.

VON BERNHARD WALKER

BERLIN. Beamte, die im Jahr 2030 jünger als 30 sind, sollen in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einbezogen werden. So steht es in einem Konzept des Fachausschusses für Soziales der CDU. Während SPD und Linke den Vorstoß begrüßen, lehnt ihn der Beamtenbund Baden-Württemberg ab. Der Emmendinger CDU-Abgeordnete Peter Weiß betont, dass es sich um eine „Arbeitsvorlage von Referenten“ handle, über die noch nicht abschließend beraten sei.

Unter dem Titel „Wir wollen eine funktionierende Rente für alle“ weist das Konzept darauf hin, dass es etwa für Selbstständige und Politiker verschiedene, von der GRV unabhängige Alterssicherungssysteme gebe: „Die Rentensysteme jenseits der GRV werden von der Bevölkerung als Privilegien betrachtet, an denen sie nicht teilnehmen können.“ Deshalb sei es für die CDU „vorstellbar“, die Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung zu entwickeln.

Lob für den Vorstoß aus den Reihen der CDU kommt vom Tübinger SPD-Abgeordneten Martin Rosemann: „Die SPD ist schon seit Langem für eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle Beschäftigten solidarisch einzahlen. Wenn die CDU das jetzt auch will, können wir sofort darüber verhandeln.“ Aus Sicht des Linken-Bundestagsabgeordneten Matthias Birkwald ist der Vorschlag richtig – aber nicht ehrgeizig genug, weil 2030 als Startdatum vorgeschlagen wird.

Kai Rosenberger, Chef des Beamtenbunds Baden-Württemberg, betont, dass es theoretisch natürlich möglich sei, neue Beamte in die Rentenversicherung einzubeziehen. Im Grundgesetz sei aber festgehalten, dass der Dienstherr Beamten amtsangemessene Pensionen gewähren müsse. Die Integration spare deshalb kein Geld, weil der Dienstherr für die Beamten eine dann „adäquate Zusatzversorgung in Form einer betrieblichen Altersvorsorge“ aufbauen müsse, sagt Kai Rosenberger.

► Kommentar

Kommentar

Rente für alle?

Die Idee, Beamte ins Rentensystem zu packen, ist richtig – aber teuer.

VON BERNHARD WALKER

Die trauen sich was, die Mitglieder im Fachausschuss für Soziales der CDU. Da verteidigt ihre Partei tapfer die Vielfalt in puncto Alterssicherung, genauer: die Tatsache, dass Beamte, manche Selbstständige und Politiker nicht in die Rentenkasse einzahlen. Doch nun sagt der Ausschuss der Parteilinie Adieu und erklärt zutreffend, dass die Bevölkerung die Sicherungssysteme abseits der Rentenversicherung – dazu zählt die Beamtenversorgung – als „Privilegien“ betrachtet.

Der Ausschuss schlägt deshalb vor, Beamte, die 2030 jünger als 30 Jahre sind, in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Das ist zwar nur ein Vorschlag, noch ist nichts entschieden. Allerdings eröffnet der Ausschuss eine Debatte, die sich viele Bürger wünschen. Sie fragen sich, warum bei uns nicht gehen soll, was in Österreich schon seit Jahren gilt. Dort hatte 2004 Bundeskanzler Wolfgang Schäussel – der ist übrigens ein Christdemokrat – durchgesetzt, dass nach einem Stichtag neu berufene Bundesbeamte in die allgemeine Rentenversicherung einbezogen werden.

Eine solche Reform ist also nicht bloß ein Projekt linker Umverteilungsfantasien. Und doch hat sie zwei große Haken. In Deutschland müssten 16 Länder mitziehen, weil sie Dienstherrn der meisten Beamten sind. Und teuer wäre es auch. Der Staat müsste in einer langen Übergangszeit heute schon erworbene Pensionsansprüche der Beamten bezahlen und für neue Beamte Beiträge an die Rentenkasse abführen. Es entstünde also eine Doppelbelastung. Ob die Gesellschaft sie bezahlen will: Das ist die Frage, die sie jetzt nach dem Vorstoß aus den Reihen der CDU schleunigst klären sollte.

bernhard.walker@stzn.de

Corona: Totensonntag wird im Netz begangen

KARLSRUHE. Am bevorstehenden Ewigkeits- oder Totensonntag können Trauernde auch im Internet ihrer verstorbenen Angehörigen und Freunde gedenken. Die digitale Alternative gibt es am 22. November um 18 Uhr auf Trauernetz.de, teilte die evangelische Kirche mit. Sie soll unter Corona-Bedingungen Trauernden, die nicht an einem Gottesdienst teilnehmen können, eine Möglichkeit des Gedenkens an die Verstorbenen bieten. Im Chat kann man auch an schon länger Verstorbene Menschen erinnern, hieß es weiter.

Mit dem Ewigkeits- oder Totensonntag enden im November die Trauer- und Gedenktage. Er ist der letzte Sonntag des Kirchjahrs vor dem Advent. (epd)

► Leitartikel Seite 2

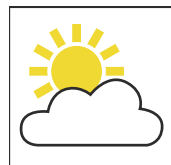
Wir sind für Sie da

Aboservice (07151) 566-444
aboservice@zvww.de
8.00 – 12.00 Uhr

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
13137,25 Pkt. + 51,09 Pkt.	3467,60 Pkt. + 15,63 Pkt.	1,1863 Dollar + 0,031 Cent

Wetter



Mittags 5°
Nachts –3°

Nach Nebelauflösung viel
Sonne und Wolken



4 194202 202303 60047